



DSJ FSPJ FSPG

Dachverband Schweizer Jugendparlamente
Fédération Suisse des Parlements des Jeunes
Federazione Svizzera dei Parlamenti dei Giovani

«Verändere die Schweiz!» 2018 – Wie sich Jugendliche die Schweiz wünschen

Analysen und Auswertungen der nationalen Kampagne von engage.ch



Herausgeber

Dachverband Schweizer Jugendparlamente DSJ
Seilerstrasse 9
3011 Bern

Verfasst im Mai 2018 durch

Sebastian Niessen, sebastian.niessen@dsj.ch +41 31 384 08 06

Melanie Eberhard, melanie.eberhard@dsj.ch, +41 31 384 08 06





Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	4
1.1	Das Projekt engage.ch.....	4
1.2	«Verändere die Schweiz!».....	4
2	Deskriptive Analyse der Anliegen.....	5
2.1	Verteilung der Anliegen nach Geschlecht.....	6
2.2	Verteilung der Anliegen je nach Themenbereich.....	6
2.3	Verteilung der Anliegen nach Sprache.....	7
2.4	Jahrgang.....	7
2.5	Zuweisung der Anliegen an die PolitikerInnen.....	9
3	Ergebnisse aus der Umfrage.....	10
3.1	Politisches Interesse.....	10
3.2	Interesse Politikebenen.....	11
3.3	Gründe zur Teilnahme.....	12
3.4	Besprechung der Anliegen.....	13
4	Veranstaltung vom 26. Mai.....	14
5	Die ausgewählten Anliegen.....	15
5.1	Mehr Vorteile für Elektroautos in Städten.....	15
5.2	Arbeitslosendarlehen anstelle Arbeitslosengeld.....	15
5.3	Weniger Foodwaste, mehr Eigenverantwortung.....	15
5.4	Bessere Berufseinstiegsmöglichkeiten nach Matur durch Praktikum.....	15
5.5	Logo für Palmöl auf Produktvorderseite.....	16
5.6	Neutralität in der Verfassung veranker.....	16
5.7	Entkriminalisierung von Radarwarnungen.....	16
5.8	Leere Häuser retten, Hausbesetzung.....	16
5.9	Jugend und Sport.....	17
6	Weitere ausgewählte aber nicht bei Medienkonferenz vertretene Anliegen.....	17
6.1	Gleichgeschlechtliche Ehe.....	17
6.2	Billiger Zug fahren.....	17
6.3	Wohnförderung für Leute in Ausbildung.....	18
6.4	Verpackung und Verschwendung in den Supermärkten.....	18
6.5	Wahl- und Stimmrecht für alle.....	18
6.6	Zusammenarbeit der Post mit ausländischen Postfirmen fördern.....	18
7	Zusammenfassende Take-Home-Messages.....	19



1 Einleitung

Die vorliegende Analyse ermöglicht einen groben Überblick über die Anzahl und Art der eingereichten Anliegen und legt einige Beweggründe für die Teilnahme der Jugendlichen und jungen Erwachsenen dar. Die Hintergründe zum Projekt engage.ch und insbesondere auch zur nationalen engage-Kampagne «Verändere die Schweiz!» werden nachfolgend kurz dargelegt sowie die von National- und StänderätInnen ausgewählten Anliegen Jugendlicher vorgestellt.

1.1 Das Projekt engage.ch

Das Projekt engage.ch fördert das Engagement von Jugendlichen in der Gemeinde und auch national. Dabei werden die Jugendlichen in ihrem Alltag und mit ihren Kommunikationsmitteln erreicht. Im Zentrum des Projekts steht die Onlineplattform www.engage.ch, auf der Jugendliche ihre Anliegen und Ideen zu lokalen Themen einfach einbringen und präsentieren können. Die Gemeinden und Jugendparlamente können durch verschiedene Online- und Offlineangebote von engage.ch Jugendliche in die Gemeindestrukturen einbeziehen. Daneben wird die jährliche nationale Kampagne «Verändere die Schweiz!» durchgeführt und durch ein neues Angebot im Bereich der politischen Bildung werden die politischen Wissens- und Handlungskompetenzen der Jugendlichen auf Gemeindeebene gestärkt.

1.2 «Verändere die Schweiz!»

Mit «Verändere die Schweiz!» möchte der Dachverband Schweizer Jugendparlamente DSJ Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich direkt im Bundeshaus in die nationale Politik einzubringen. Während fünf Wochen konnten alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 14 und 25 Jahren über www.engage.ch eigene innovative Ideen für und Anliegen an die Schweizer Politik einreichen. Diese konnten auf der Onlineplattform geliked und kommentiert werden. 14 Anliegen wurden anschliessend von den jüngsten National- und StänderätInnen ausgewählt und werden nach einem Treffen mit den Jugendlichen im Bundeshaus in die nationale Politik eingebracht. Die am Projekt teilnehmenden National- und StänderätInnen sind: Damian Müller (FDP), Lisa Mazzone (Grüne), Cédric Wermuth (SP), Marco Romano (CVP), Lukas Reimann (SVP), Mattea Meyer (SP), Philippe Nantermod (FDP), Mathias Reynard (SP), Christian Imark (SVP), Nadine Masshardt (SP), Rebecca Ana Ruiz (SP), Irène Kälin (Grüne), Diana Gutjahr (SVP) und Fabian Molina (SP).

1.2.1 Hintergrund

Auf nationaler Ebene gibt es in der Schweiz sehr wenige politische Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche. Es gibt keine Möglichkeit, die einfach und für alle Jugendlichen zugänglich ist. Mehrere Studien zeigen aber, dass sich Jugendliche auf nationaler Ebene mehr Möglichkeiten zur Mitwirkung wünschen und sie Politik auf nationaler Ebene am meisten interessieren.

Mit dem Projekt können innovative Ideen für die Schweiz in den politischen Prozess eingebracht werden. Davon profitieren die Politik und Jugendliche gleichermaßen – aber auch die gesamte Schweiz: Einerseits erhalten PolitikerInnen Anliegen von Jugendlichen und können so den Kontakt mit der jungen Bevölkerung verbessern. Andererseits können Jugendliche durch das Projekt erleben, dass man in der Politik etwas bewirken kann. Dadurch werden sie motiviert, sich langfristig in der Politik im Schweizer Bundesstaat zu engagieren.



2 Deskriptive Analyse der Anliegen

In der Zeitspanne vom 19. Februar bis zum 25. März 2018 haben Jugendliche in der ganzen Schweiz 327 Anliegen eingebracht. Das Durchschnittsalter der Jugendlichen liegt bei gut 18 Jahren (somit fast zwei Jahre jünger als im Vorjahr) und die Anliegen kamen aus allen Sprachregionen. Im Gegensatz zum Vorjahr, in welchem die Romandie eine starke Präsenz hatte, kamen in diesem Jahr unverhältnismässig viele Anliegen aus der Deutschschweiz. Das Geschlechterverhältnis der Anliegen war sehr ausgewogen. In allen Sprachregionen war «Umwelt» das dominierende Thema, etwa jedes fünfte Anliegen konnte diesem Thema zugeordnet werden. Doch nicht nur für die Jugendlichen ist die Umwelt ein wichtiges Thema sondern auch für viele der 14 jüngsten ParlamentarierInnen. So betrifft jedes Dritte der durch die PolitikerInnen ausgewählten Anliegen das Thema Umwelt.

Als Ergänzung zur letztjährigen Kampagne wurden für «Verändere die Schweiz!» 2018 auch Lehrmaterialien für den Unterricht bereitgestellt. Die Lehrpersonen konnten vorbereitete Lektionen für die Gewinnung von Anliegen nutzen und anhand dieser auch gleich die nationale Politik aktiv erlebbar machen. Dieses neue Angebot wurde rege genutzt und brachte 36 % der über www.engage.ch eingereichten Anliegen hervor.

Eine weitere Ergänzung gegenüber dem Vorjahr war eine enge Zusammenarbeit mit verschiedenen Firmen im Vorfeld aber auch während der Kampagne. So haben verschiedene Partner im Rahmen ihrer internen Kommunikation auf die Kampagne hingewiesen und dazu beigetragen, dass auch viele Lernende und PraktikantInnen von «Verändere die Schweiz!» erfahren haben. Im Rahmen eines Workshops konnte das engage-Team zudem direkt mit den jungen ArbeitnehmerInnen der Swiss Life über die Möglichkeiten der Politik sowie konkrete Anliegen diskutieren.

Abb 1: Anliegen einbringen beim engage-Event der Swiss Life





2.1 Verteilung der Anliegen nach Geschlecht

Während der nationalen engage-Kampagne hat sich gezeigt, dass es bezüglich des politischen Engagement praktisch keinen Unterschied zwischen den Geschlechtern gibt.

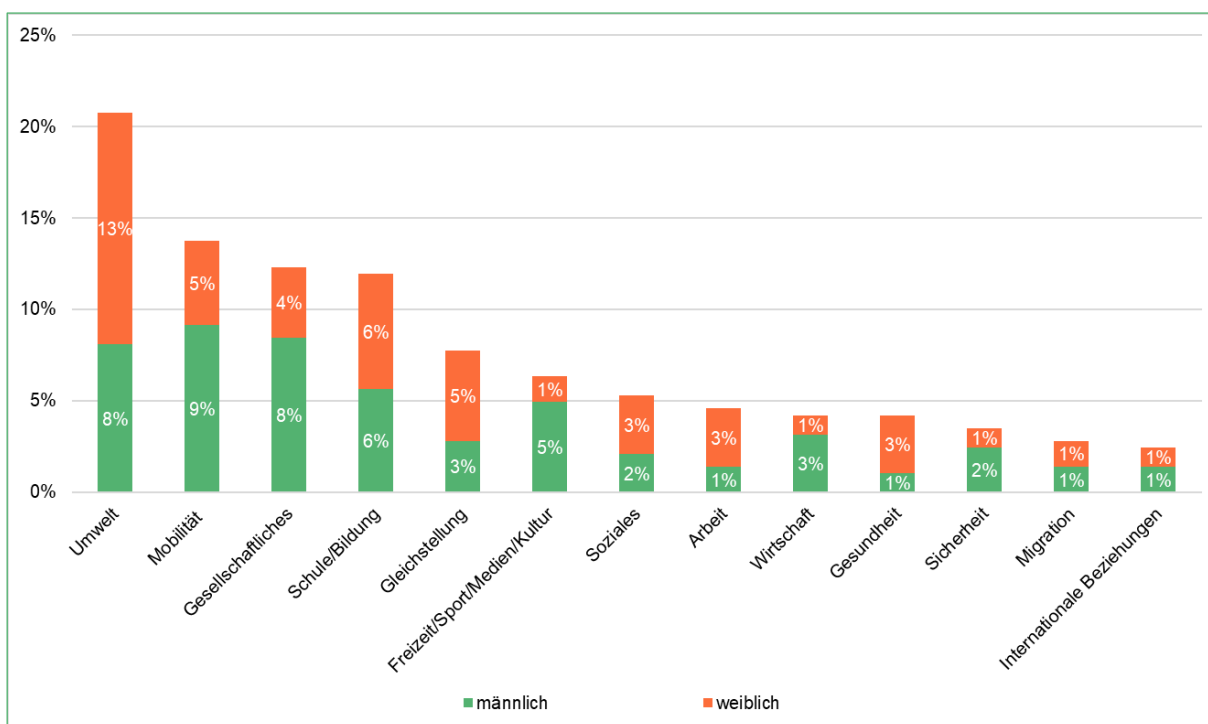
Interessant ist hingegen der Gender-Gap in Bezug auf die Themenbereiche der eingebrachten Anliegen: So haben z.B. Jungen und junge Männer mehr Anliegen zum Thema Freizeit eingebracht, während von Mädchen und junge Frauen mehr Anliegen zur Arbeit und den Arbeitsbedingungen auf engage.ch gepostet wurden.

2.2 Verteilung der Anliegen je nach Themenbereich

Die meisten Anliegen kamen aus dem Bereich «Umwelt», in welchem neben Anliegen zu Foodwaste und erneuerbaren Energien auch der hohe Plastikverbrauch oftmals genannt wurde. Auffallend ist, dass es v.a. Themen wie Mobilität, Bildung und gesellschaftliche Fragen sind, welche die Jugendlichen bewegen, während z.B. Migration einen geringeren Stellenwert hat.

Innerhalb der einzelnen Themenbereiche wurden Anliegen zu folgenden Themen am Häufigsten gestellt: Organspende, billigere Zugbillette, politische Bildung, Vaterschaftsurlaub, umweltfreundlicher Verkehr.

Abb 2: Prozentuale Verteilung der Anliegen nach Themen und Geschlecht



Neben der Möglichkeit Anliegen auf der Onlineplattform engage.ch zu posten, hatten die Jugendlichen da auch die Möglichkeit, andere Anliegen zu liken. Die meisten Likes (jeweils über 100) gab es für folgende vier Anliegen:

- ▶ Verbandsbeschwerderecht im Tierschutz
- ▶ Gleichberechtigung des Lohnes für Männer und Frauen
- ▶ Gleichgeschlechtliche Ehe
- ▶ Weniger Foodwaste – mehr Eigenverantwortung



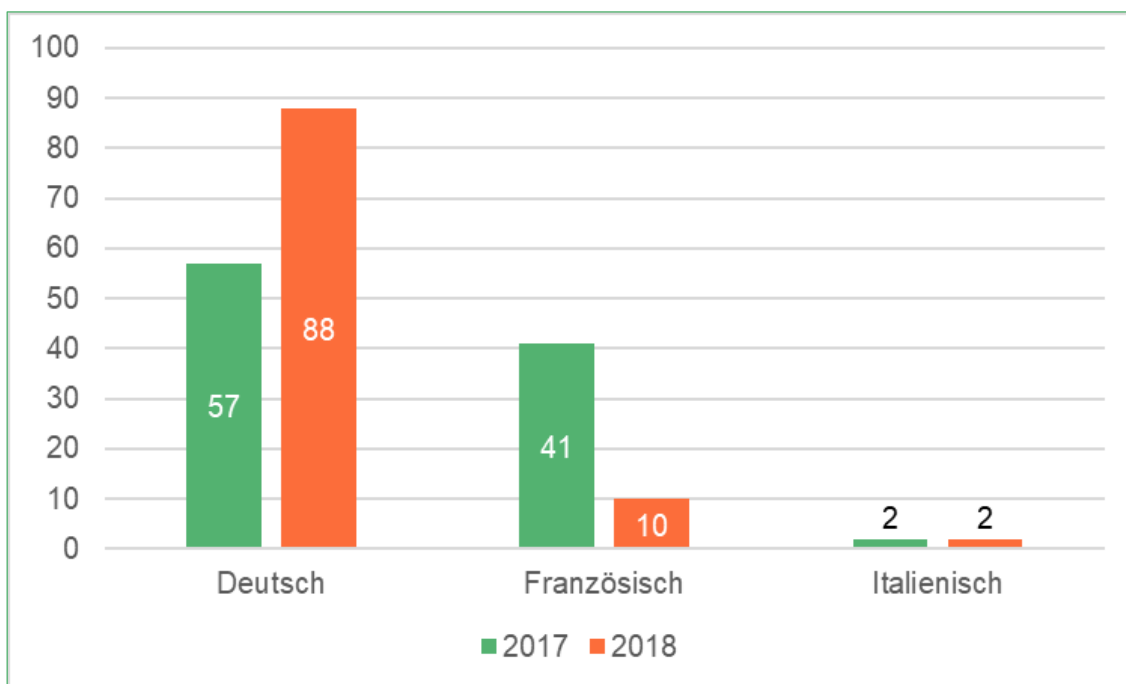
Die letzten beiden Anliegen haben es auch in die Auswahl der NationalrätInnen geschafft.

2.3 Verteilung der Anliegen nach Sprache

Die Mehrheit der Anliegen wurden in Deutsch eingereicht (88 %), gefolgt von französischsprachigen Anliegen (10 %) und Anliegen in italienischer Sprache (2 %). Wie die Grafik zeigt, hat sich die Verteilung der Anliegen auf die Sprachregionen gegenüber dem letzten Jahr stark verändert. Die französische Sprachgemeinschaft war dieses Jahr deutlich weniger stark vertreten als im Vorjahr. Die 2 % an Anliegen in italienischer Sprache ist hingegen gleichgeblieben wie im letzten Jahr. Diese Unterschiede sind vor allem darauf zurückzuführen, dass die Kampagne letztes Jahr sehr starke Medienpräsenz in der Romandie hatte (Téléjournal, 26 minutes, etc.).

In Bezug auf die Themen lassen sich keine Unterschiede zwischen den Sprachregionen erkennen: in allen Sprachgemeinschaften war Umwelt das Hauptthema.

Abb. 3: Sprache der Anliegen in Prozent



2.4 Jahrgang

Die meisten Anliegen wurden von Jugendlichen und jungen Erwachsenen eingereicht, die entweder gerade die Volljährigkeit erreicht haben oder diese bald erreichen werden (Jahrgänge 2000 und 2001). So sind über die Hälfte aller eingereichten Anliegen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 16 und 19 Jahren. Während unter 10 % der eingereichten Anliegen von Jugendlichen stammen, die jünger als 16 Jahre sind, hat etwa ein Drittel das 20 Lebensjahr bereits erreicht.

Die durchschnittlichen NutzerInnen der diesjährigen Kampagne waren 18 Jahre alt. Damit liegt das Durchschnittsalter zwei Jahre unter dem Durchschnittsalter der Teilnehmenden von 2017.



Abb. 4: Anliegen nach Geburtsjahr «Verändere die Schweiz!» 2018

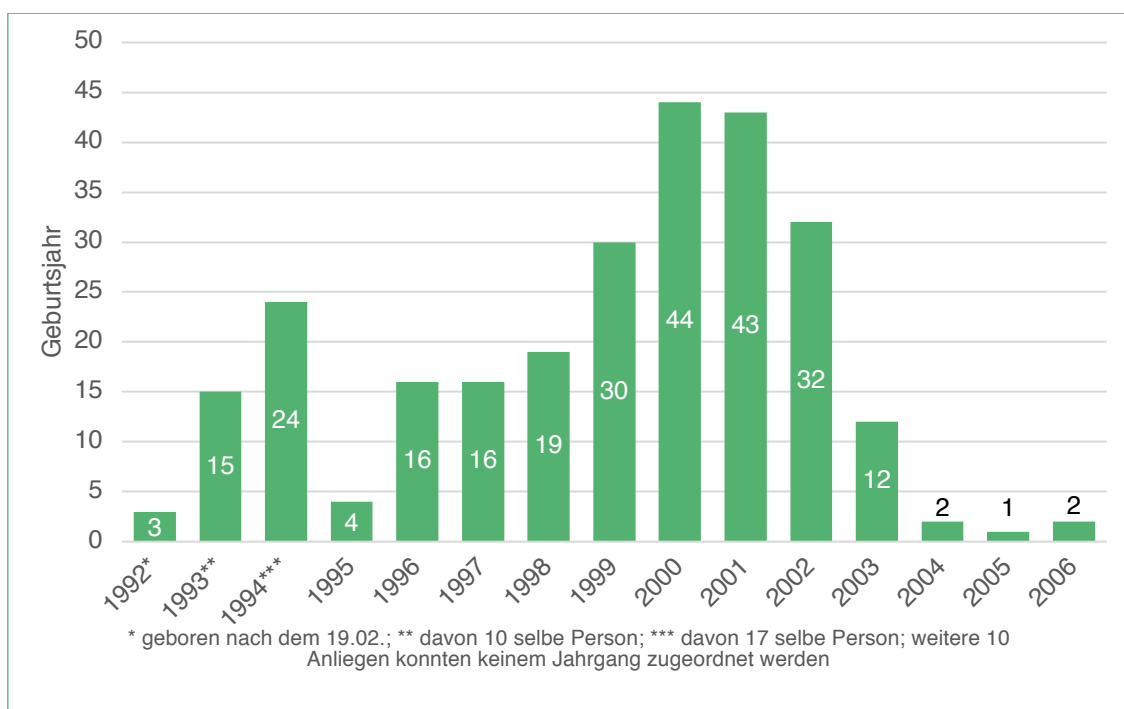
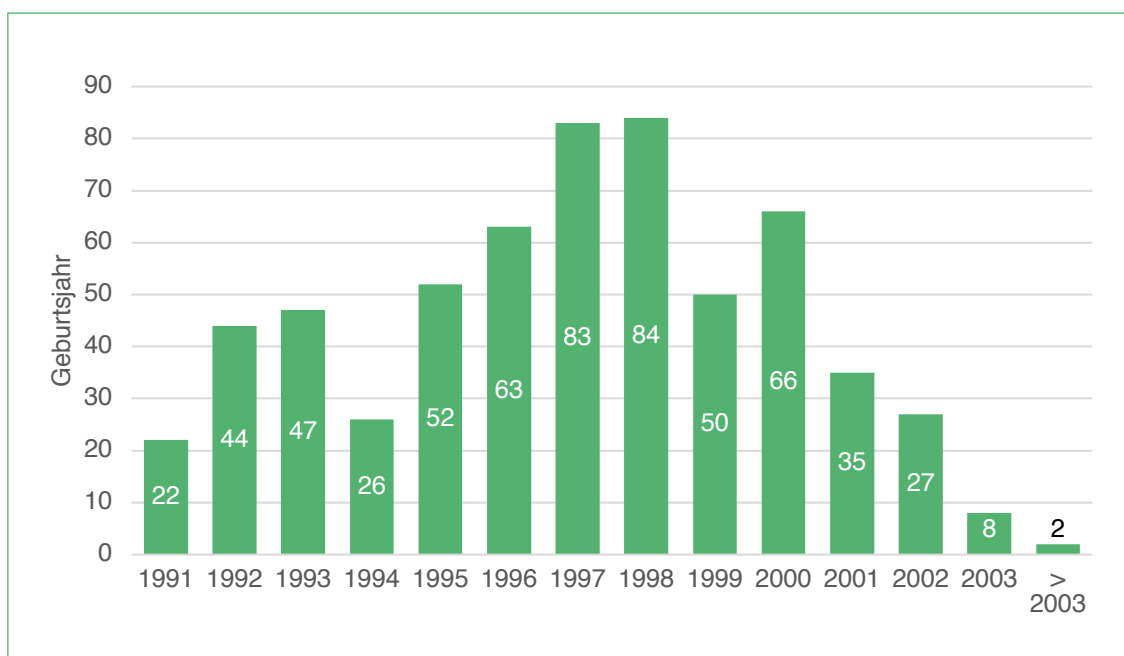


Abb. 5: Anliegen nach Geburtsjahr «Verändere die Schweiz!» 2017



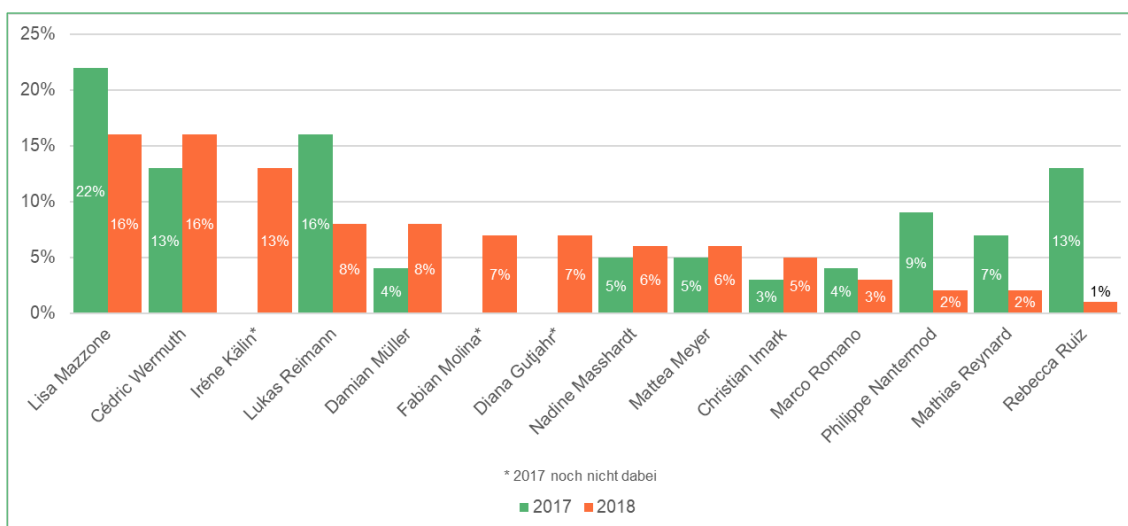


2.5 Zuweisung der Anliegen an die PolitikerInnen

Aus der Romandie kamen in diesem Jahr aus bereits erwähnten Gründen deutlich weniger Anliegen als im Vorjahr, was sich auch bei der Zuweisung von Anliegen bemerkbar macht. Eine Ausnahme bildet die Grüne Politikerin Lisa Mazzone, der wie bereits im Vorjahr die meisten Anliegen zugewiesen wurden. Während der diesjährigen Kampagne wurden erhielt der SP-Politiker Cedric Wermuth genau gleich viele Anliegen wie Lisa Mazzone.

Den Grünen PolitikerInnen (Lisa Mazzone und Irène Kälin) wurden relativ gesehen die meisten Anliegen zugeordnet: bei zwei Politikerinnen insgesamt fast jedes dritte aller PolitikerInnen zugeordneten Anliegen. Die Zuteilung vieler Anliegen zu den Grünen Politikerinnen erscheint aufgrund der vielen eingereichten Anliegen zum Thema Umwelt nachvollziehbar. Absolut wurden hingegen mit 40 % der SP am meisten Anliegen zugeordnet, dies lässt sich auch damit erklären, dass die Sozial-Demokraten mit sieben PolitikerInnen die am stärksten vertretene Partei beim Projekt ist (Cédric Wermuth, Fabian Molina, Nadine Masshardt, Mattea Meyer, Matthias Reynard). Der SVP wurden 30 % aller Anliegen zugeteilt, bei drei teilnehmenden PolitikerInnen (Lukas Reimann, Christian Imark, Diana Gutjahr). Die Politiker der Mitte-Parteien CVP und FDP erhielten von den Jugendlichen, ähnlich viele Anliegen wie auch im letzten Jahr zugeteilt (Marco Romano, Damian Müller, Philippe Nantermod).

Abb. 6: Zuordnung PolitikerInnen in Prozent



Die Prozentzahlen basieren auf der Summe der PolitikerInnen zugewiesenen Anliegen.



3 Ergebnisse aus der Umfrage

Im Anschluss an die Kampagnenphase wurden alle Jugendlichen, die ein Anliegen eingereicht hatten, per Mail um ihre Rückmeldung durch die Teilnahme an einer Umfrage gebeten. Die Umfrage konnte in Deutsch, Französisch und Italienisch ausgefüllt werden und das Ausfüllen dauerte etwa fünf Minuten. Die Teilnahme an der Umfrage war vom 19. Februar bis zum 15. April möglich.

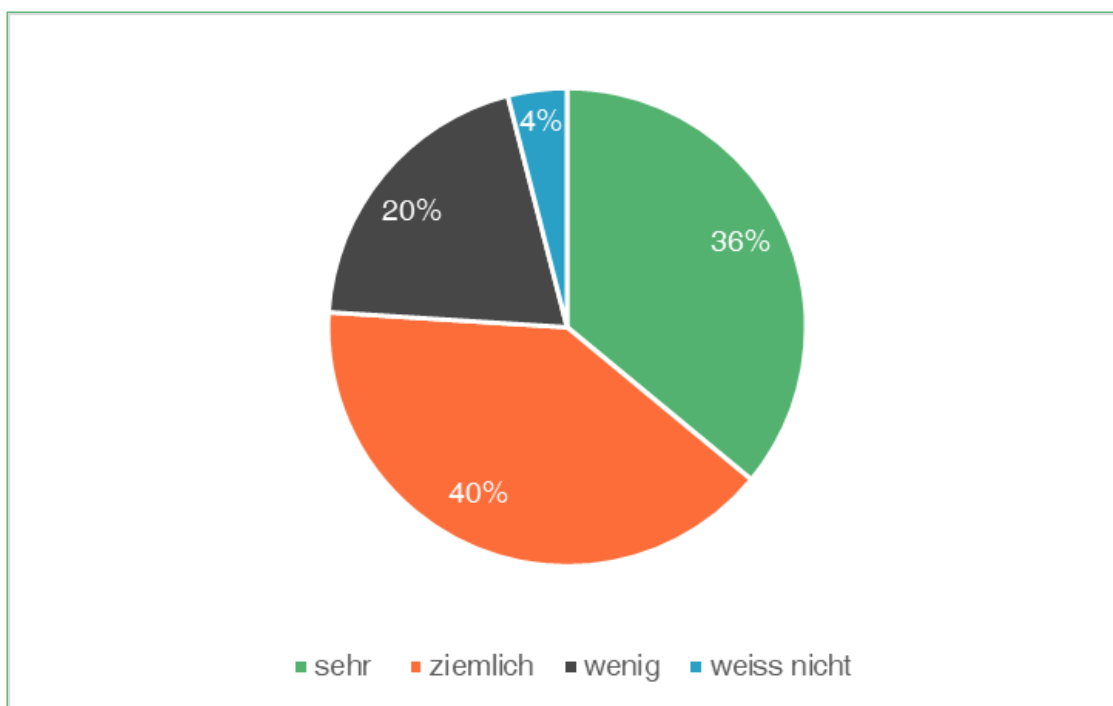
65 Jugendliche haben diese Möglichkeit genutzt, was etwa einem Fünftel der Jugendlichen entspricht, die ein Anliegen eingebracht haben. Von der Gesamtheit aller Jugendlichen, die ein Anliegen eingebracht haben, haben eher die älteren und engagierteren Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch an der Umfrage teilgenommen. Ebenfalls besitzen nur gerade 13 % der Jugendlichen, welche die Umfrage ausgefüllt haben, keinen Schweizer Pass. Die meisten der Umfrageteilnehmenden haben zudem bereits eine weiterführende Schule oder die Lehre abgeschlossen.

Die nachfolgenden Ergebnisse aus der Umfrage, sind demnach nicht repräsentativ für die Gesamtheit der Jugendlichen, die ein Anliegen eingebracht haben, dennoch ermöglichen sie einige interessanten Erkenntnisse.

3.1 Politisches Interesse

Am Projekt nahmen überwiegend Jugendliche teil, welche an Politik sehr oder ziemlich interessiert sind. Dennoch gibt jedeR Fünfte an sich nur wenig für Politik zu interessieren.

Abb. 7: Wie interessiert bis du an Politik?

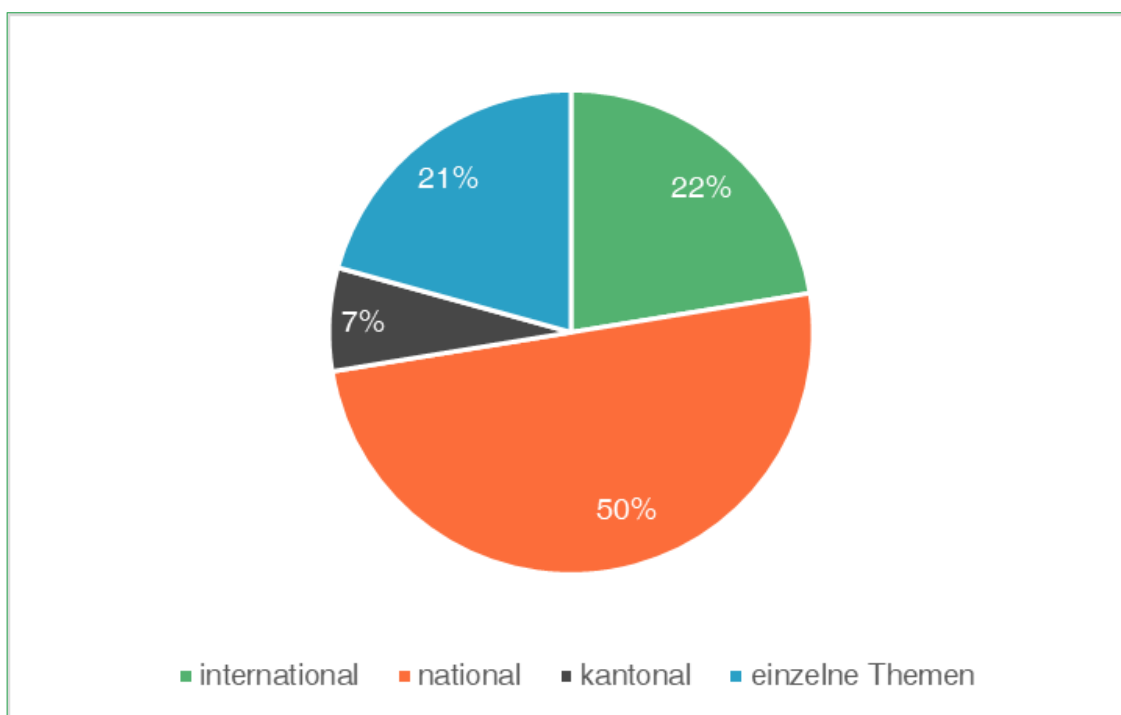




3.2 Interesse Politikebenen

Die teilnehmenden Jugendlichen finden Politik auf nationaler Ebene mit Abstand am spannendsten, gefolgt von der internationalen Ebene und von themenspezifischer Politik. Deutlich weniger interessieren sich für kantonale Politik.

Abb. 8: Auf welcher Ebene findest du Politik am interessantesten?

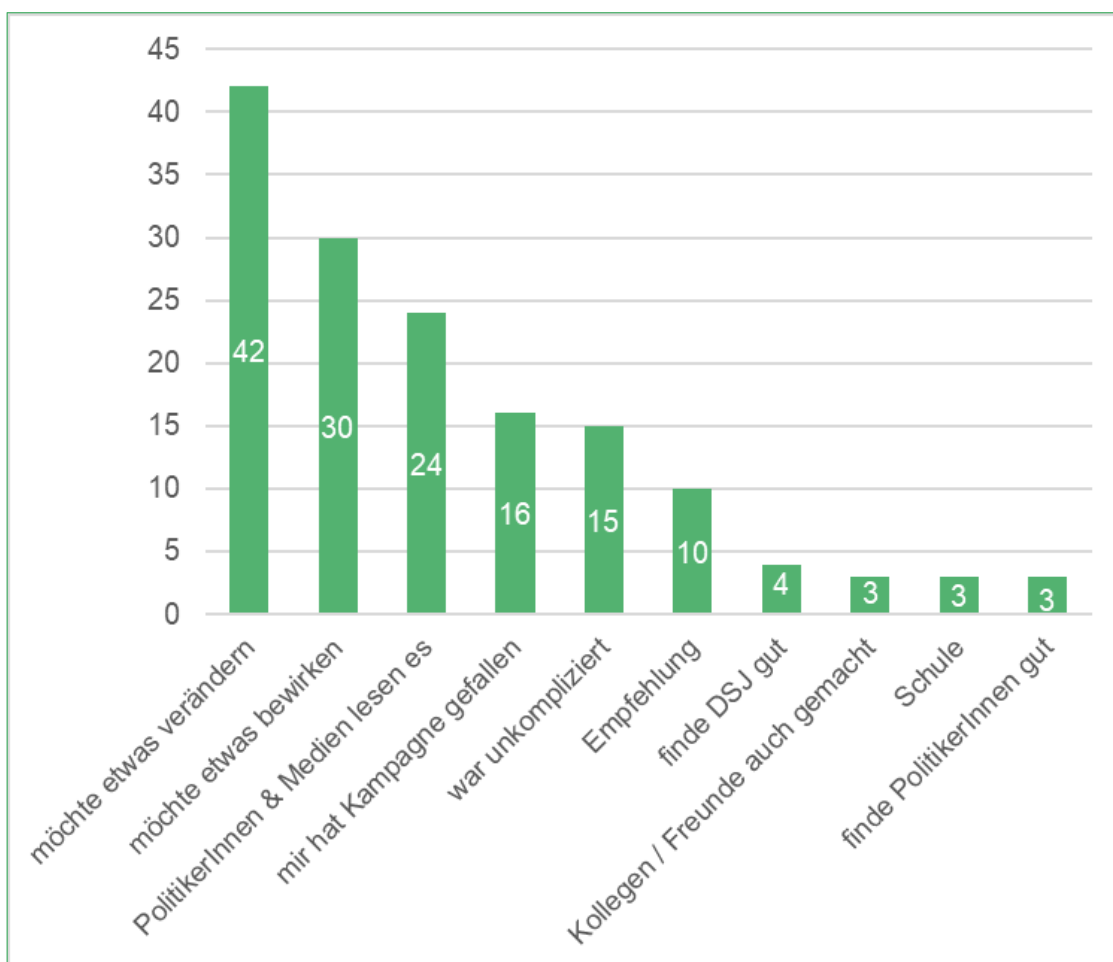




3.3 Gründe zur Teilnahme

Die Gründe dafür, ein Anliegen einzubringen, waren sehr ähnlich wie letztes Jahr. An erster Stelle stand der Wunsch, etwas verändern zu wollen, gefolgt von „Selbstwirksamkeit“: dass man tatsächlich etwas bewirken kann und dass die Anliegen von wichtigen Personen wahrgenommen werden. Diese Aspekte standen auch im Fokus der Kampagne.

Abb. 9: Warum hast du ein Anliegen auf engage.ch eingebracht? Weil...



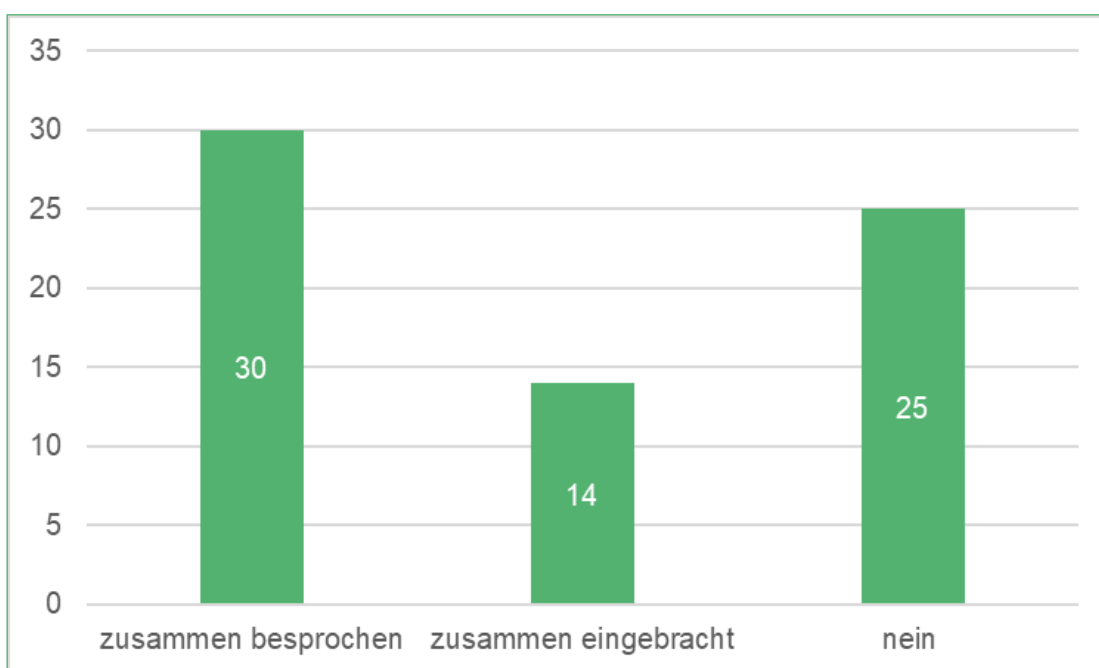


3.4 Besprechung der Anliegen

Die meisten Jugendlichen haben ihr Anliegen mit anderen besprochen und oder es auch mit anderen eingebracht. Ein Fünftel der Jugendlichen gibt hingegen an alleine das Anliegen auf engage.ch eingebracht zu haben.

Besprochen wurde es mit einer Reihe von unterschiedlichen Personen (in erster Linie Freunde und Klasse), eingebracht wurde es zu etwa gleichen Teilen zusammen mit Freunden oder mit der Klasse.

Abb. 10: Hast du dich beim Einbringen des Anliegens mit anderen besprochen oder das Anliegen als Gruppe eingebracht?



Diskutiert wurden die Anliegen am meisten mit den Freunden oder den Klassen- und ArbeitskollegInnen, aber auch die Eltern, Geschwister und Verwandten spielten eine sehr wichtige Rolle bei der Diskussion der Anliegen. Die Diskussionen in den Klassenzimmern während des Unterrichts fanden in erster Linie anhand der bereitgestellten Lernmaterialien statt. Für die Einbringung der Anliegen auf der Onlineplattform spielten dann nur die Freunde innerhalb und ausserhalb der Schule eine wichtige Rolle.



4 Veranstaltung vom 26. Mai

Einige Anliegen, welche es nicht in die Endauswahl durch die National- und StänderätInnen geschafft hatten, wurden bei einem Anlass in Bern am 26. Mai mit den Jugendlichen, JungpolitikerInnen und Organisationen diskutiert und weiterentwickelt. Die Jugendlichen kamen aus allen Sprachregionen.

Anwesend waren neben den Organisationen ProjectTogether und «step into action» auch vier der Jugendlichen, welche es letztes Jahr ins Bundeshaus geschafft hatten, sowie die JungpolitikerInnen Muriel Waeger (Juso), Jean-Philippe Gay-Fraret (Junge SVP), Corina Liebi (Junge GLP), Nicolas Huisoudt (Junge BDP), Lia Zehnder (Junge Grüne), Janine Graber (Junge CVP), Saambavi Poopalapillai (Jungfreisinnige). Die JungpolitikerInnen haben dabei noch andere Organisationen, in welchen sie aktiv sind, vorgestellt (z.B. foraus, Jugendparlamente, GSoA).

Ziel war es einerseits, den Jugendlichen einen breiten Überblick darüber zu geben, welche Partizipationsmöglichkeiten es für junge Leute in der Schweiz gibt. Andererseits konnte bei den Workshops in kleinem Rahmen erarbeitet werden, auf welche Weise sich die konkreten Anliegen der Jugendlichen am besten weiterverfolgen oder umsetzen lassen.

Abb. 11: Junge Frauen diskutieren ihr Anliegen am engage-Event am 26. Mai





5 Die ausgewählten Anliegen

5.1 Mehr Vorteile für Elektroautos in Städten (Marco Romano, CVP & Sven Egloff, 23)

Die Schweiz sollte in allen grösseren Städten Anreize für Elektroautobesitzer schaffen! Wieso gibt es keine kostenlosen Parkmöglichkeiten für E-Autos? wäre es nicht möglich Parkplätze mit Stromanschluss gebührenfrei zur Verfügung zu stellen und die Elektroautos durch einen solchen Anreiz zu fördern? Könnte man in Zürich für bspw. 3h gratis sein E-Auto Parken und es gleichzeitig Aufladen, würden mit Sicherheit mehr Leute ein E-Fahrzeug anschaffen und wir kämen der nachhaltigen Mobilität ein Stück näher!

Die Individualmobilität in der Schweiz wird häufig debattiert. Vor allem in den grösseren Städten gibt es immer mehr Fahrzeuge und damit mehr Stau, Lärm, Schmutz und weniger Parkplätze. Elektroautos sind leise und unter bestimmten Voraussetzungen auch sehr umweltschonend, daher sollte man diese Fahrzeuge, gerade im urbanen Raum, stärker fördern! Deshalb bin ich dafür, dass in grösseren Städten eine bestimmte Anzahl kostenloser Parkplätze für E-Fahrzeuge zur Verfügung gestellt wird!

5.2 Arbeitslosendarlehen anstelle Arbeitslosengeld (Diana Gutjahr, SVP & Schülerinnengruppe Gymnasium Burgdorf, 16)

Durch das Arbeitslosengeld sind viele Arbeitslos nicht dringend gezwungen, Arbeit zu suchen. Streicht man dieses Geld, ist jeder Arbeitslose auf Arbeit und Lohn angewiesen.

Somit wird Geld eingespart und wir würden neue Arbeiter gewinnen.

5.3 Weniger Foodwaste, mehr Eigenverantwortung (Nadine Masshardt, SP & Corina Liebi, 23)

Um Foodwaste zu minimieren, braucht es eine Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Dies soll auf zwei Ebenen geschehen: Erstens soll durch das Ersetzen des Mindesthaltbarkeitsdatums auf Lebensmittelverpackungen durch ein Verbrauchsdatum dem Streben entgegengewirkt werden, abgelaufene Lebensmittel wegzuerwerfen, die noch verzehrt werden können. Zweitens soll durch die Schaffung eines Anreizsystems, das Spender von Lebensmitteln (Foodsharing) oder den Verkauf von nicht normgemässen Lebensmittel belohnt, auch der Foodwaste in der Landwirtschaft und bei Grossverteilern verringert werden.

Massnahmen sollen nicht darauf abzielen, die Gesetze zu verschärfen, sondern an die Eigenverantwortung der Bevölkerung sowie der Lebensmittelproduzenten, -verteiler und -verkäufer zu appellieren.

5.4 Bessere Berufseinstiegsmöglichkeiten nach Matur durch obligatorisches Praktikum (Damian Müller, FDP & Mirjam Bütikofer, 25)

Während der Matur sollte ein Jahr Praktikum obligatorisch sein, damit der Berufseinstieg erleichtert wird. Es sollte eine grössere Auswahl von unterschiedlichen Praktika in unterschiedlichen Berufszweigen geben, nicht nur Bank, Versicherung und Post.

Die Möglichkeiten nach der Matura sind sehr begrenzt, wenn man nicht studieren will. So passiert es vielen Maturanden, dass sie jahrelang beim Berufseinstieg scheitern.



5.5 Logo für Palmöl auf Produktvorderseite (Lisa Mazzone, Grüne & Milo Schefer, 16)

Es wird ein neues Logo geschaffen, das aufzeigt, dass ein Produkt Palmöl enthält. Dieses Logo muss auf alle Produkte gedruckt werden, die Palmöl enthalten.

Für den Anbau von Palmöl muss sehr viel Regenwald gerodet werden, was einen grossen Verlust des wertvollen Lebensraumes bedeutet und zu einem Artensterben führt. Der Boden verliert schnell alle Nährstoffe und nach 5 Jahren ist er meist landwirtschaftlich nicht mehr nutzbar und praktisch tot. Die Abholzung beschleunigt auch stark die Klimaerwärmung. Auf den Palmölplantagen müssen Menschen und oft auch Kinder unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen arbeiten.

Vielen Konsument*innen ist nicht bewusst, welche Produkte Palmöl enthalten, auch wenn man es im Kleingedruckten nachlesen könnte. Mit einem Logo auf allen Produkten würden viele bewusst darauf verzichten und viele Hersteller würden dann wohl Sonnenblumen- oder Rapsöl einsetzen. Palmöl kann problemlos durch Schweizer Raps- oder Sonnenblumenöl ersetzt werden, was auch der Schweizer Wirtschaft helfen würde.

5.6 Neutralität in der Verfassung verankern (Lukas Reimann, SVP & Luca Sprecher, 24)

Die Neutralität ist der wichtigste Grundpfeiler der Aussenpolitik der Schweiz. Gleichwohl ist sie in der Verfassung nicht ausdrücklich verankert.

Um die Neutralität der Schweiz auch für die Zukunft absolut zu gewährleisten, fordere ich, dass sie als Grundprinzip in der Bundesverfassung verankert wird.

5.7 Entkriminalisierung von Radarwarnungen (Christian Imark, SVP & Luca Sprecher, 24)

Andere vor Radarfallen zu warnen ist momentan strafbar.

So kam es zu absurden Polizeimassnahmen in Graubünden, wo eine ganze Whatsappgruppe von 100 Leuten deswegen zum Polizeiposten antraben musste.

Andere vor Radarfallen zu warnen (z.B. per Whatsapp, Facebook etc.) soll straflos bleiben

5.8 Leere Häuser retten, Hausbesetzung erleichtern (Fabian Molina, SP & Ronja Fankhauser, 18)

Im Kanton Bern stehen momentan 70'000 Quadratmeter Wohnraum leer. Wer in diese Anliegen und Häuser einzieht, begeht Hausfriedensbruch - auch, wenn die besetzte Liegenschaft leer steht und keine weitere Nutzung vorgesehen ist.

In Zürich gilt ein etwas anderes Gesetz zur Hausbesetzung: Eigentümer haben zwar die Möglichkeit, bei der Polizei eine Anzeige gegen Hausbesetzer zu machen, die Polizei räumt die Liegenschaft aber erst, wenn der Hauseigentümer verschiedene Auflagen erfüllt hat: Etwa eine gültige Abbruch- oder Baubewilligung oder einen Beleg zur Nachnutzung durch Dritte.

Besetzte Häuser sind meist offene, kreative Räume für Alle und bieten Platz für neue Arten von Zusammenleben, basierend auf Gemeinschaft statt Geld.



Wir sollten diese Art von Wohnen und die Zwischennutzung von verfallenden Gebäuden fördern, nicht verbieten.

Wir fordern, dass das Gesetz zur Hausbesetzung in Bern dem in Zürich angepasst, und die Hausbesetzung somit erleichtert wird.

Gegen ungenutzten Wohnraum, hohe Mieten und Obdachlosigkeit, für kreative und soziale Nutzung von leerstehenden Liegenschaften!

5.9 Jugend und Sport (Damian Müller, FDP & Fabian Meier, 21)

Abbau von Regulatorien und verstärkte Förderung von Jugendsport und Clubs, welche den Jugendsport fördern.

6 Weitere ausgewählte aber nicht bei Medienkonferenz vertretene Anliegen

Einige NationalrätInnen sind an der Medienkonferenz am 22.06. verhindert – ihre Gespräche mit den Jugendlichen werden daher zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden.

6.1 Gleichgeschlechtliche Ehe (Mathias Reynard, PS & Loïc Kuhn, 17)

Es ist an der Zeit, dass die gleichgeschlechtliche Ehe vom Staat offiziell anerkannt wird. Homosexuell zu sein ist keine Wahl, sondern eine Lebensform, die in der Gesellschaft insgesamt immer präsenter ist. Auch Homosexuelle haben Lebensentwürfe, wie zum Beispiel eine Familie zu gründen. Alle sollten die gleichen Rechte wie Heterosexuelle haben.

Die Schweiz ist im Vergleich zu ihren Nachbarn benachteiligt – etwa Frankreich gegenüber, wo die gleichgeschlechtliche Ehe seit Mai 2013 erlaubt ist.

Alle sollten die gleichen Rechte haben, ohne jegliche Ausnahme. Dass Homosexuelle nicht die gleichen Rechte haben, nur weil sie homosexuell sind, ist eine Diskriminierung.

6.2 Billiger Zug fahren (Irène Kälin, Grüne, Livia Wyler, 16 & Michèle Widmer, 16)

Unsere Idee besteht darin, eine Senkung der Zugticketkosten zugunsten einer Verbesserung der Umwelt zu erreichen. Dazu haben wir uns folgende Überlegungen gemacht:

Zum einen würde der CO₂-Ausstoss der CH sinken, da wir uns durch die niedrigeren Preise mehr Zugreisende und weniger Automobilverkehr erhoffen. Zum anderen käme dies vor allem Jugendlichen und Studenten zu Gute, die sonst schwarzfahren würden.



6.3 Wohnförderung für Leute in Ausbildung (Mattea Meyer, SP & Jana Steiner, 21)

Studenten, welche aufgrund ihrer Ausbildung nicht zu Hause wohnen können, sind gezwungen, eine Wohnung oder Unterkunft in der Nähe der Ausbildungsstätte zu finden und monatlich selber zu bezahlen. Zwar gibt es bereits Stipendien, jedoch ist es durchaus schwierig diese zu erhalten. Mit einer Unterstützung in diesem Bereich würden die Studenten sehr entlastet werden.

Es gibt beispielsweise nur schon im Kanton Graubünden zahlreiche Studenten und Auszubildende, welche im Engadin wohnen und nur schon für die Ausbildung in der Hauptstadt Chur eine Wohnung suchen müssen, da es einfach nicht möglich für sie ist, zu pendeln.

6.4 Verpackung und Verschwendung in den Supermärkten (Rebecca Ruiz, PS, Mattia Cuccu, 18 & Yasmine Amorim-Esenli, 19)

- ▶ Abfalltrennung ist entscheidend. Die Supermärkte hingegen übertreiben bei der Verpackung. Vier Schichten Papier und Plastik, um eine Packung Biskuits einzupacken? Zur Verfügung stehende Plastiksäckchen aus nicht recyceltem und nicht biologisch abbaubarem Material? Voluminöse, feste Plastikschaalen für Früchte? Wir müssen die grossen Einzelhändler daran hindern, noch mehr Verpackungsmaterial zu verwenden. Dazu müssten zuallererst ihre Abfälle besteuert werden (Verpackungen sowie Lebensmittelverschwendung). Das beste Mittel aber wäre ein Gesetz, welches unnötige Verpackung verbietet. Als unnötig würde jegliche Verpackung verstanden, die nicht erforderlich ist, um die einwandfreie hygienische Beschaffenheit eines Produkts aufrechtzuerhalten. Für eine saubere Schweiz und eine faire Abfalltrennung.
- ▶ Machen wir Schluss mit der Heuchelei – keine Plastiksäcke mehr in Geschäften! Plastiksäcke sind überall! Wenn die beiden Schweizer Grossverteiler (Coop und Migros) auch sagen, dass sie Massnahmen ergreifen, um die Umwelt weniger zu belasten, so reicht dies nicht: Noch immer sind zu viele Lebensmittel in übertriebene Schichten von Plastik eingepackt, die Säcke zum Abwiegen von Lebensmitteln sind weiterhin aus Plastik usw. Zugegeben, an den Kassen werden keine Plastiksäcke mehr verteilt, aber der Plastik ist in diesen Supermärkten nach wie vor präsent.

6.5 Wahl- und Stimmrecht für alle (Cédric Wermuth, SP & Sina Keller, 18)

Zwei Millionen Menschen in der Schweiz haben kein Recht mit zu wählen oder abzustimmen. Das Stimm- und Wahlrecht, soll kein Privileg sein für nur diejenigen, welche den Schweizerpass besitzen. Sie alle leben, arbeiten, zahlen Steuern und wohnen hier und sollten schon lange das Recht haben mit zu entscheiden!

Zwei Millionen Menschen in der Schweiz dürfen in politischen Fragen nicht mitentscheiden. Und das obwohl sie hier wohnen, arbeiten, Steuern zahlen und ihren Teil zur Gesellschaft beitragen. Wir grenzen diese Menschen bewusst aus und erlauben ihnen so keine Integration.

6.6 Zusammenarbeit der Post mit ausländischen Postfirmen fördern (Philippe Nantermod, FDP & Valerio Paganini, 17)

Man sollte Zollgebühren abschaffen.

Es ist zu teuer - z.B. ein Tischbein das CHF 40.– kostet würde mit den Gebühren CHF 160.– kosten.



7 Zusammenfassende Take-Home-Messages

Die Kampagne kann aufgrund der vielen und innovativen Anliegen als ein Erfolg betrachtet werden. Die wichtigsten Take-Home Messages aus dem Dossier sind:

- ▶ Einerseits wurden weniger Anliegen eingereicht als im Vorjahr – andererseits waren die Anliegen dieses Jahr nahezu ausschliesslich von hoher Qualität. Die Jugendlichen waren sehr engagiert und haben aktiv Likes gesammelt und teils sehr viele Anliegen auf einmal eingereicht.
- ▶ Die Romandie und v.a. der Kanton Waadt war dieses Jahr schlechter vertreten als im Vorjahr, was auf die besonders starke Medienpräsenz 2017 zurückzuführen ist (Téléjournal, 26 minutes).
- ▶ Die dominierenden Themen 2018 – sowohl was die Anzahl an Anliegen als auch die Auswahl durch die PolitikerInnen betrifft – waren Umwelt und Mobilität. Jedes fünfte eingebrachte und jedes dritte (parteiübergreifend) ausgewählte Anliegen kommt aus dem Umweltbereich, Umweltanliegen konnten auch am meisten Likes erzielen. Den beiden grünen Nationalrätinnen wurden folglich – neben Cédric Wermuth – auch die meisten Anliegen direkt zugeordnet: jedes dritte aller PolitikerInnen zugeordneten Anliegen.
- ▶ Junge Männer und Frauen konnten mit der Kampagne in etwa in gleichem Masse erreicht werden.
- ▶ 36 % der Anliegen wurden im Schulunterricht erstellt, zwei der ausgewählten Anliegen am Gymnasium Burgdorf. Grundsätzlich wurden die meisten Anliegen mit KollegInnen besprochen oder gar zusammen eingebracht.
- ▶ Mit einem Schnitt von etwa 18 Jahren waren die Durchschnittsjugendlichen dieses Jahr etwa zwei Jahre jünger als im Vorjahr.
- ▶ Ein Viertel der teilnehmenden Jugendlichen gibt an, sich grundsätzlich nicht für Politik zu interessieren.



Vielen Dank
an unsere
Förderer



Mit finanzieller Unterstützung des Bundes im Rahmen
des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes (KJFG, Art. 7. Abs. 1)